

Sie kam, sah und ging sang- und klanglos unter

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer versucht in Trossingen, die Umstrukturierungspläne für die Musikhochschule zu erläutern

Von Peter Bruker

Trossingen. Die Redezeit von Trossingens Bürgermeister Clemens Maier war auf fünf Minuten begrenzt. Doch er brauchte eine knappe Viertelstunde, um mit seiner Rede fertig zu werden. Zu oft wurde er im Kesselhaus Trossingen (Landkreis Tuttlingen) immer wieder von lautstarkem und lang anhaltendem Beifall unterbrochen. Es war eine der wichtigsten Reden, die er bislang wohl gehalten hat. Schließlich las er der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne), die nach Trossinger Lesart die Musikhochschule (MHS) schließen will, die Leviten.

Der ministerielle Besuch in der Musikstadt kam eher überraschend. Bauer räumte ein, dass sie eigentlich erst nach der Sommerpause vor Ort ihre Pläne zur Umstrukturierung der Trossinger Musikhochschule erläutern wollte. Doch die Proteste in Trossingen zeigten in Stuttgart Wirkung. Offenbar darauf bedacht, die Sache politisch nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, machte sich Bauer auf den Weg und stellte sich im Kesselhaus der sichtbar aufgebrachten Bevölkerung.

Die Zahl der Studierenden müsse um 500 zurückgeführt werden, 50 Professorenstellen sollen wegfallen

Der Ort der Veranstaltung hat durchaus Symbolcharakter. Das Kesselhaus war in wirtschaftlich besseren Zeiten für die Firma Hohner, deren Akkordeons und Mundharmonikas weltweit Bekanntheit erreicht haben, die Energiestation. Nach dem Niedergang der Firma wurde das Gebäude mit ungewöhnlichem Flair ausgebaut. Konzerte finden dort statt. Und auch politische Veranstaltungen.

Wie jener Besuch von Theresia Bauer, die in einer gleich doppelt aufgeheizten Stimmung versuchte, zu retten, was in Trossingen noch zu retten ist. Bei Temperaturen von deutlich über 30 Grad und vor zahlreichen Zuhörern, denen die Pläne des Wissenschaftsministeriums in Sachen Musikhochschule in Trossingen die Zornesröte ins Gesicht und die geballte Faust in die Tasche trieb, musste selbst sie einräumen, dass sie von den Protesten nicht unbeeindruckt sei. Der Saal war überfüllt, vor dem Gebäude hörten viele Besucher die Rede samt anschließender Diskussion über eine Lautsprecheranlage mit. Und dies in der vorlesungsfreien Zeit, in der in Trossingen kaum Studenten anzutreffen sind. Bauer deutete dieses



Kräftig Kontra erfuhr Theresia Bauer im Trossinger Kesselhaus. Musikhochschul-Rektorin Elisabeth Gutjahr (links unten) plädierte für mehr statt weniger Kultur. Trossingens Bürgermeister Clemens Maier übergab der Wissenschaftsministerin eine Unterschriftenliste für den Hochschul-Erhalt, den auch das Publikum forderte. Fotos: Seeger

Interesse als »gutes Zeichen der Identifikation« mit der MHS um und erklärte keck, dass sie gekommen sei, um »Befürchtungen und Missverständnisse« auszuräumen.

Dann ging sie ans Eingemachte. Man bilde im Land deutlich zu viele Musiker aus, die nach dem Studium in prekären Einkommensverhältnissen leben müssten. Und überhaupt habe kein anderes Bundesland so viele Musikhochschulen wie Baden-Württemberg. Insgesamt gebe es 24 Musikhochschulen in Deutschland, und davon eben alleine fünf im Südwesten. Deshalb halte sie die Kürzungen für richtig: Die Zahl der Studierenden müsse um 500 zurückgeführt werden, 50 Professorenstellen sollen wegfallen.

Aber: Man wolle keine der fünf Musikhochschulen schließen. Doch um die Musikhochschulen insgesamt zu halten, seien dort Profilierungen und Spezialisierungen nötig. Dazu gehört auch eine geplante Akademie, die – als Er-

satz für die Streichung zahlreicher Studiengänge – in Trossingen eingerichtet werden soll. In dieser Akademie, die von den anderen Musikhochschulen im Land beschickt werden soll, sieht Bauer einen »Mehrwert«, der »bundesweit einzigartig« sei. Die vorlesungsfreie Zeit soll für Kammermusik- und Meisterkurse mit nationalen und internationalen Kapazitäten ausgestattet werden. Das Land zeigt sich hier freizügig, und will jährlich eine Million Euro für die Akademie zuschießen.

»Unternehmer schließt den Betrieb, der am teuersten arbeitet, und nicht jenen, der hervorragend wirtschaftet«

Doch all das kam nicht an, überzeugte die Zuhörer kaum. Immer wieder wurde ihre Rede durch Zwischenrufe unterbrochen. Schließlich soll

die Trossinger Musikhochschule künftig – neben Mannheim – keine vollwertige Musikhochschule mehr sein. Lediglich die Standorte Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe sollen mit kleineren Einschränkungen noch als vollwertige Musikhochschulen gelten.

Und so hatte Trossingens Bürgermeister Clemens Maier leichtes Spiel. »Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube«, zitierte er Goethes Faust, und der Beifall donnerte los. Und er fand noch weitere Bilder: »Wenn ein Supermarkt nur noch Kartoffeln und Brot anbietet, dann wird niemand mehr dort hingehen, um einzukaufen«, spielte er auf die Streichung zahlreicher Studiengänge an. Auch die vom Landesrechnungshof jüngst bestätigte hervorragende Arbeit der Musikhochschule servierte er der Ministerin: »Ein vernünftiger Unternehmer schließt den Betrieb, der am teuersten arbeitet, und nicht jenen, der hervorragend wirtschaftet.«

Maier bemängelte, dass hier nicht mit dem gleichen Maß gemessen werde, und warf die Frage auf, warum nicht eine andere Musikhochschule geschlossen werde. »Wir in Trossingen sind bescheidene und vernünftige Menschen. Aber wir haben auch ein Unrechtsbewusstsein«, sprach er den zahlreichen Zuhörern unter lautem Beifall aus dem Herzen. Und um das zu unterstreichen, übergab Maier der sichtlich verblüfften Ministerin eine Unterschriftenliste, auf der sich mehr als 7500 Unterzeichner für den Erhalt der Musikhochschule in ihrer bisherigen Form aussprechen.

In die gleiche Kerbe schlug auch Musikhochschul-Rektorin Elisabeth Gutjahr: »Wir haben Wege gefunden, mit wenig Geld viel zu leisten«, erklärte sie und machte deutlich: »Die Gesellschaft braucht mehr Kultur – nicht weniger.« Trossingen sei eine Erfolgsgeschichte.

Und es wurde auch politisch. Ein Sprecher der Studentenvertretung gab seine

Privatmeinung zum Ausdruck: »Frau Bauer, ich schäme mich dafür, vor ein paar Jahren das Kreuz an der falschen Stelle gemacht zu haben.«

Danach Diskussionsrunde. Auch hier hatte Bauer, der immer wieder Buhrufe entgegen schallten, einen schweren Stand. Das kulturelle Ausbluten der Region wurde ihr ebenso vorgehalten wie die dann nicht mehr vorhandene Breitenwirkung und Vernetzung der Musikhochschule in viele Bereiche hinein. So sind es immer wieder Studierende und Professoren, die Musikkapellen und Chöre leiten, oder auch mit einer Vielzahl von Konzerten das ansonsten eher überschaubare kulturelle Angebot der Region bereichern.

Doch Bauer machte klar: Ohne Spezialisierung und Schwerpunktbildung bliebe nur die Schließung einer der fünf Hochschulen im Land. Dass dies dann mit großer Wahrscheinlichkeit Trossingen wäre – daran ließ Bauer keinen Zweifel.

Anderer Ton noch lange kein Anzeichen für möglichen Kurswechsel

Israel sieht im neuen iranischen Präsidenten einen »Wolf im Schafspelz« / Auch Ruhani dürfte auf den Status einer Atommacht zusteuern

Von Jan-Uwe Ronneburger

Tel Aviv. Der Überraschungssieg des als gemäßigt geltenden Klerikers Hassan Ruhani bei der Präsidentenwahl im Iran Mitte Juni hat weltweit Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Atomkonflikts ausgelöst. Von einem »potenziell positiven Zeichen« sprach das Weiße Haus in Washington. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) drückte die Hoffnung aus, dass der Iran nun beim Atomprogramm substanzielle Gesprächsbereitschaft zeige. Obama deutete laut »Washington Post« sogar Bereit-

schaft zu direkten Gesprächen mit Teheran an. Nur einer hält das alles für Wunschdenken: Der rastlose Mahner, Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu.

Der Iran unter Ruhani sei ein »Wolf im Schafspelz«, der die internationale Gemeinschaft nur täuschen wolle, während es mit einem »Lächeln weiter an der Bombe baut«, warnte Netanjahu. Und falls die internationale Gemeinschaft doch tatenlos zusehen sollte, wie der Iran auf die Atombombe zusteure, dann werde Israel handeln: »Ich werde nicht warten, bis es zu spät ist.« Wieder die

Drohung mit dem militärischen Alleingang Israels.

Den allerdings hält die Iran-Expertin vom Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS) in Tel Aviv, Emily Landau, für eher unwahrscheinlich. Allerdings teilt sie die Skepsis Netanjahus. »Alle Optimisten müssten die Frage beantworten, aufgrund welcher Fakten sie eigentlich mit einem Kurswechsel (des Irans) rechnen«, gab sie zu bedenken. Im Wahlkampf habe sich Ruhani zwar zu internen Fragen wie den Rechten der Frauen moderater als andere geäußert. »Aber der Atomkonflikt ist eine ganz andere



Macht Hassan Ruhani nur eine freundliche Miene zum bösen Spiel? Foto: Taherkenareh

Hausnummer. Da ist er kein Gegner, sondern ein Teil des Regimes«, warnt die Wissenschaftlerin.

Mit Ruhani werde das Drehbuch seines Vorgängers Mah-

mud Ahmadinedschad fortgesetzt, die Geschichte werde nur in einem anderen Ton erzählt, meint auch der israelische Iran-Experte Uzi Rabi von der Universität Tel Aviv. »Ich denke, Ruhani wird versuchen, sich als eine ganz neue Kraft darzustellen, aber der Iran wird weiter sein ursprüngliches Ziel verfolgen, eine Nuklearmacht zu werden«, sagte Rabi.

Ein Bericht der iranischen Nachrichtenagentur ISNA über Israel-kritische Äußerungen Ruhanis hat gestern Verwirrung ausgelöst. ISNA hatte Ruhani mit den Worten zitiert, Israel sei eine »alte Wun-

de«, die beseitigt werden müsse. Der Nachrichtensender Press TV veröffentlichte auf seiner Website aber einen Videoclip des Interviews, in dem sich Ruhani weitaus moderater äußert. Tatsächlich sagte Ruhani demnach, dass die Besetzung Palästinas und das Leid des palästinensischen Volkes »eine alte Wunde für die islamische Welt« sei. Daher sollten alle Muslime den »Ghods-Tag« (Jerusalem-Tag) nutzen, um an diese Wunde zu erinnern sowie »gegen die Verbrechen des zionistischen Regimes« Protest einzulegen.

► Leitartikel